

In Deutschland verboten, in Luxemburg erlaubt

Mit einer politischen Performance haben Mitglieder der Aktion 3. Welt Saar und des Saarländischen Flüchtlingsrates am 22. November gegen das PKK-Verbot in Deutschland und die damit verbundene Kriminalisierung der kurdischen Bewegung protestiert.

Im Mittelpunkt der Aktion stand ein fünf Meter langes Transparent mit elf verbotenen Symbolen der kurdischen Bewegung, verbunden mit dem Protest gegen das Verbot der PKK. In Anlehnung an den 25. Jahrestag des Verbotes überschritten die Aktivisten mit diesem Transparent 25 Mal die Grenze auf der Brücke zwischen Schengen und Perl. Motto: „Hier erlaubt – dort verboten“. Denn im Gegensatz zu Deutschland ist in Luxemburg die PKK nicht verboten.

„Mit der heutigen Aktion erneuern unsere Organisationen ihre Forderungen nach Aufhebung des PKK-Verbots und für einen politischen Dialog mit der kurdischen Bewegung“, erklärte Gertrud Selzer vom Vorstand der Aktion 3. Welt Saar e. V. „Da das Saarland mit Heiko Maas, Peter Altmaier und Annet Kramp-Karrenbauer in Berlin prominent vertreten ist, erwarten wir, dass alle drei ihren politischen Einfluss nutzen, um diese unsägliche



Unterwegs auf der Brücke zwischen Schengen und Perl.

Foto: Aktion 3. Welt Saar/Max Gerlach

Repression mittelfristig zu beenden.“ Am 23. November jährte sich zum 25. Mal das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), das vom damaligen Innenminister Manfred Kanther (CDU) auf Zuref der Türkei ausgesprochen wurde. Das PKK-Verbot bedeute für Tausende von politisch aktiven Kurden und Kurden alltägliche Demütigungen, Gerichtsverfahren und zum Teil Gefängnisstrafen, erläuterten die Aktivisten.

„Die mit dem PKK-Verbot hierzulande verbundene Einschränkung elementarer politischer

Rechte dient nur dem islamistischen Erdorgan-Regime“, kristisierte Peter Nobert vom Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates e. V. Darüber hinaus führe die Kriminalisierung auch dazu, dass Kurden im Saarland die Einbürgerung oder die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verwehrt werde.

Aktion 3. Welt Saar und Flüchtlingsrat plädieren für eine Neubewertung der PKK. „Denn ohne diese wären weder Zehntausende von Jeziden im August 2014 aus dem Singal-Gebirge gerettet, noch Kobane im Februar 2015 und Raq-

qa im Oktober 2017 vom Terror des IS befreit worden. Gegen die Barbarei der Dschihadisten verteidigen die kurdischen Guerillas bis heute die Option einer säkularen und demokratischen Gesellschaft in dieser Region“, hieß es seitens der Aktivisten.

Die Aktion 3. Welt Saar ist eine unabhängige allgemeinpolitische Organisation, die bundesweit arbeitet. Ihren Sitz hat sie im Saarland. Sie arbeitet punktuell auch immer wieder mit kirchlichen Einrichtungen und konfessionellen Gruppen zusammen. red

München und Limburg stärken Rolle von Laien

Das Erzbistum München und das Bistum Limburg wollen Laien künftig stärker an Führungsaufgaben beteiligen.

Im Erzbistum München und Freising soll die Verwaltung künftig nicht mehr wie in der Kirche üblich von einem geweihten Priester im Amt des Generalvikars geleitet werden. Wie Kardinal Reinhard Marx am 25. November in Rom erläuterte, soll eine Frau oder ein Mann aus dem Laienstand das Amt übernehmen. Wirksam wird die Reform den Angaben zufolge zum 1. Januar 2020. Dann werde auch der bisherige Generalvikar Peter Beer sein Amt abgeben.

Die Aufgaben des Generalvikars als allgemeiner Vertreter des Erzbischofs und als oberster Chef des Erzbischöflichen Ordinariats würden künftig aufgeteilt, heißt es in der Mitteilung des Erzbistums. Eine Amtschefin oder ein Amtschef werde die operative Verwaltungstätigkeit eigenständig leiten. Ein Priester als Generalvikar werde sich um thematische, inhaltliche und theologische Fragen kümmern.

„Er wird zwar eine dienstliche Aufsicht über den Chef oder die Chefin des Ordinariats ausüben, aber nicht dessen oder deren Vorgesetzter in Fragen der Verwaltung sein“, erklärte der Ordinariat. Die Stelle solle ab sofort näher beschrieben und im 1. Quartal des kommenden Jahres ausgeschrieben werden.

Im Bistum Limburg kündigte Bischof Georg Bätzing am 26. No-

vember an, den Laiengremien mehr Einfluss geben zu wollen. Er strebe eine erneuerte Beratungs- und Synodalkultur an und wolle das bisherige beratende Stimmrecht des Limburger Diözesansynodalrats in ein entscheidendes Stimmrecht umwandeln. Dies sei bei „Fragen, die alle betreffen“ möglich, allerdings nicht bei Angelegenheiten der verbindlichen Glaubens- und Rechtsordnung der Kirche, worunter umstrittene Punkte wie Zölibat und Frauenpriestertum fallen.

Seit längerem bekannt ist, dass im Bistum Osnabrück ein hauptamtlicher Laienmitarbeiter die Leitung von zwei katholischen Pfarreien übernimmt. Am 2. Dezember wurde Pastoralreferent Michael Göcking feierlich in seine neue Aufgabe als Pfarrbeauftragter in der Pfarreiengemeinschaft Wellingholzhausen/Gesbold eingeführt. Ihm steht den Angaben zufolge ein moderierender Priester zur Seite, der aber nicht vor Ort lebt. Der Pfarrbeauftragte sei unter anderem Dienstvorgesetzter aller Mitarbeiter der Pfarreiengemeinschaft; der moderierende Priester sei für die Feier der Sakramente verantwortlich. Das Kirchenrecht ermögliche diesen Schritt, wenn es nicht genügend Priester für diese Aufgabe gebe, hieß es.

Im Bischöflichen Generalvikariat Trier sind mit Kirsten Straus (Ressourcen), Mechthild Schabo (Pastoral und Gesellschaft), Andrea Gerards (Personalplanung und Personalentwicklung) und Judith Rupp (Kommunikation und Medien) bereits vier Frauen mit Führungsaufgaben betraut. KNA/bs